

## Zuversichtliche Skepsis. Gedanken zur Verständigung über die Evidenz des Politischen in der europäischen und internationalen Jugendarbeit

HENDRIK OTTEN

### Einordnung

Was hat Jugendarbeit mit Politik zu tun? Warum beschäftigt uns diese Frage seit Jahrzehnten immer noch, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und mit wechselndem Erkenntnisinteresse? Und warum rückt diese Frage in jüngerer Zeit wieder stärker in den Fokus, wenn es um europäische Jugendarbeit im Kontext der EU-Jugendprogramme geht?

Ehe nachfolgend einige Zugänge für mögliche Antworten auf diese Fragen versucht werden, sei zunächst ein kurzer historischer Rückblick mit aktuellem Bezug gestattet:

Vor 35 Jahren hat der Autor dieses Beitrags ein kleines Buch veröffentlicht mit dem Titel „Zur politischen Didaktik interkulturellen Lernens“.<sup>1</sup> Absicht war, ausgehend von einer formulierten Kritik fehlender politischer Begründungen pädagogischen Handelns, eine Verbindung politischer Didaktik mit einer politischen Theorie zu leisten, sie wissenschaftstheoretisch zu begründen und für Jugendarbeit praxisrelevant zu operationalisieren. Eingeflossen sind damals auch Erkenntnisse, die der Autor aus seiner mehrjährigen Mitarbeit in der Breitenbach Studie<sup>2</sup> gewonnen hatte. Darin wurden bereits Anfang der 70er-Jahre unter anderem „mangelnde Transparenz öffentlich geförderter Jugendarbeit ... Diskrepanz zwischen politisch-programmatischem Anspruch und Praxiswirklichkeit ... (sowie) starke kulturpolitische Einbindungen“ festgestellt (vgl. Otten 1985: Einleitung).

Es ist hier nicht die Gelegenheit, weiter auf die damaligen vielen nachweisbaren, teilweise auch direkten staatlichen Einflüsse (z. B. durch Förderbedingungen und Förderpolitik) auf Jugendarbeit einzugehen, die seinerzeit auch in verschiedenen Positionen des Bundesjugendkuratoriums sich deutlich widerspiegeln und teils auch negative Folgen hatten.

Die Entwicklung von Inhalten und Zielsetzungen für internationale Jugendarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die jüngere Zeit ist vielfach

1 Otten, Hendrik: Zur politischen Didaktik interkulturellen Lernens. Ein Planungskonzept für internationale Jugendarbeit. Opladen 1985.

2 Breitenbach, Diether (Hg.): Kommunikationsbarrieren in der Internationalen Jugendarbeit. Ein Forschungsprojekt im Auftrage des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, 5 Bände. Saarbrücken/Fort Lauderdale, 1979. Im Besonderen hierzu siehe auch die Beiträge von Harald Hottelet, Dieter Danckwortt und Ulrich Frey in Band 2: Rahmenbedingungen der Internationalen Jugendarbeit.

aufgearbeitet und dokumentiert den Einfluss der Politik auf die Jugendarbeit über die Jahrzehnte.

Der damit verbundene Anspruch – teils explizit, teils indirekt –, Jugendarbeit habe einen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität zu leisten und Fehlentwicklungen möglichst auszugleichen, ist vom Prinzip her nicht aufgegeben, denn Jugendarbeit, gleich welcher Art, ist und bleibt politisch beeinflusst, solange diese mit öffentlichen Mitteln gefördert wird.

Eine institutionalisierte Form von Jugendarbeit, außerschulische politische Bildung, ist dabei von besonderem Interesse, weil von ihr über Jahrzehnte hinweg dieses Korrigieren und Gegensteuern zumindest implizit erwartet wurde. Dass der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung jüngst nun darauf hinweist, politische Bildung sei keine Feuerwehr und nicht alles leisten könne, was von ihr erwartet werde, politische Bildung sehr wohl aber Position beziehen und rote Linien ziehen solle, ist ein beachtlicher Perspektivwechsel<sup>3</sup>, der an dieser Stelle auch nicht weiter erörtert werden kann.

Generell ist die Situation heute differenziert zu betrachten, weil es nicht mehr (zumindest nicht vorrangig) um die unmittelbare Umsetzung von staatlichen Politikinteressen geht. Gesellschaftspolitische Veränderungen in Deutschland und die zunehmende Bedeutung einer europäischen Dimension – Europa als Denk- und Handlungsebene – sowie zivilgesellschaftliche Entwicklungen zumindest in der Perspektive von individueller Emanzipation, gesellschaftlicher Mitgestaltung und politischer Partizipation sind zunehmend zentrale Paradigmen mit politischer Relevanz für Jugendarbeit. Ihnen soll im Weiteren nachgegangen werden.

Abschließend zu diesen einführenden Anmerkungen zuvor noch einen Hinweis zum aktuellen Verhältnis von staatlicher Politik und Jugendarbeit: Der politische Umgang mit der Covid-19-Pandemie offenbart in seltener Deutlichkeit das strukturelle Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnis, in dem Jugendarbeit stattfindet.

Jüngste Studien wie die von RAY<sup>4</sup> verweisen – auch europaweit – auf signifikante Einbrüche und negative Veränderungen. Hinzu kommen verfassungsrechtlich zumindest teilweise bedenkliche Interventionen, die bisheriges Rechtsempfinden – auch durch unterschiedliche gerichtliche Interpretationen – verunsichern können.

In Deutschland sind bisher (Ende Oktober 2020) nur vereinzelt Stimmen zu hören, die die Pandemie-Politik der Bundesregierung wegen der

3 Krüger, Thomas: „Beutelsbach 2.0 – zehn Thesen zur politischen Bildung“, in: Hentges, Gudrun: *Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise? Gesellschaftsdiagnosen und Herausforderungen für die politische Bildung*. Frankfurt/M. 2020, S. 183 ff.

4 RAY – Research-based analysis of European youth programmes: <https://www.researchyouth.net/news/first-findings-corona-research-project/> (aufgerufen am 16.10.2020). Auf die Ergebnisse der beiden IJAB-Befragungen hierzu sei ebenfalls hingewiesen.

Nichtbefassung des Parlamentes und im Grundgesetz nicht vorgesehener Entscheidungsstrukturen (Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident/innen) kritisieren. Ein de facto öffentlicher demokratiekritischer Diskurs hierzu findet jedoch bisher nicht statt – weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene.

Mit den vielen noch nicht bekannten Konsequenzen werden wir in den kommenden Jahren konfrontiert werden, ohne bisher wirklich darauf vorbereitet zu sein. Jugendarbeit auf allen Ebenen, in all ihren Facetten und vor allem im Kontext ihrer Bedeutung für demokratisch-partizipative Zivilgesellschaften wird im Besonderen davon herausgefordert sein.

### **Zur Notwendigkeit einer zielgerichteten „Politisierung“ europäischer/internationaler Jugendarbeit<sup>5</sup>**

„Internationale Jugendarbeit wirkt“, dazu leisten seit Jahren Evaluationen, Studien und Publikationen wie diese wichtige und plausible Nachweise. Sie weisen Lernzuwächse, neue Kenntnisse, erweiterte Wahrnehmung und veränderte Einstellungen sowie persönliche, soziale und interkulturelle Kompetenzen der Teilnehmenden auf, die diesen ihre Lebensgestaltung in Europa mit seinen sehr pluralen Gesellschaften erleichtern und damit dazu beitragen, dass Ungleichheit und Ungerechtigkeit abnehmen können und das Recht, gleich und zugleich anders zu sein, gelebt werden kann. Wenn dem tatsächlich so ist: Warum bedarf es dann der jetzt wiederbelebten Debatte über eine politische Dimension dieser Jugendarbeit?

Vor allem deshalb: Es besteht eine große Diskrepanz zwischen den positiven Wirkungen, die europäische Jugendarbeit in Bezug auf individuelles Lernen der Teilnehmenden hat und den (politisch) erwünschten korrespondierenden Wirkungen im Hinblick auf demokratische gesellschaftliche Entwicklungen.

Europaweit stellen wir Re-Nationalisierung politischen Handelns fest, europäische Solidarität nimmt signifikant ab. Missachtung demokratischer Prinzipien und Abwesenheit einer Politik, die auf dem Fundament der vereinbarten europäischen Werte und Rechtsnormen beruht, nehmen stattdessen zu. Selbst die EU-Kommission scheint diese Politikrahmung gelegentlich nicht präsent zu haben.

Es ist deshalb kein Kulturpessimismus zu interpretieren, dass das „Projekt Europa“ in Gefahr ist, immer mehr grundsätzlich in Frage gestellt zu werden – nicht nur Covid-19 bedingt. Zunehmende Präsenz und Sichtbarkeit eindeutig rechtspopulistischer und teils rechtsextremer Diskurse in vie-

<sup>5</sup> Im weiteren Text benutze ich nur den Begriff europäische Jugendarbeit und meine damit vor allem den Kontext der EU Jugendprogramme.

len europäischen Ländern sind aktuelle große Herausforderungen für die Aufrechterhaltung eines demokratischen gesellschaftlichen Minimalkonsenses in der Europäischen Union. Was heute auch im Deutschen Bundestag 75 Jahre nach Auschwitz immer wieder geäußert werden kann, obwohl Inhalte und Kommunikationsstil den Menschenrechten als Vernunftmoral (Habermas) und als das Zusammenleben in pluralen Gesellschaften regelnde Rechtsform diametral entgegenstehen, bedarf anderer und deutlicherer Reaktionen als die bisherigen. Es ist deshalb auch Zeit, über neue Bildungsinitiativen und Aktionsformen – vor allem auch in der non-formalen Bildung – von der lokalen bis zur europäischen Ebene zur notwendigen weiteren demokratischen Entwicklung nachzudenken.

Deshalb die hier formulierte Notwendigkeit, konzeptionell, strukturell und strategisch-politisch aktiv zu werden, damit auch europäische Jugendarbeit nicht nur zu individuellen Lern- und Engagementzuwächsen beiträgt, sondern zumindest gleichwertig auch notwendige gesellschaftliche Neuorientierungen und mehr demokratisches zivilgesellschaftliches Empowerment befördern.

Es müssen in und zu Europa neue Narrative entstehen mit dem Fokus der fortwährenden Demokratisierung der Demokratie durch politische Partizipation vor allem von jungen Menschen.<sup>6</sup> Das „Projekt Europa“ muss sich erneuern: als ein am Humanismus und den Menschenrechten als Gerechtigkeitskonzeption orientiertes, aufklärerisch-zivilisatorisches. Die EU-Jugendprogramme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps als die wesentlichen Förderprogramme europäischer Jugendarbeit sind von ihrem Grundkonzept her besonders geeignete Instrumente, um diesen Erneuerungsprozess europaweit aktiv zu initiieren, zu befördern und konstruktiv mitzugestalten.

## Dimensionen des Politischen in den EU-Jugendprogrammen

Auch wenn es in diesem Beitrag nicht in erster Linie um eine Analyse von möglichen Einflüssen und Effekten einzelner politischer Dimensionen geht, sollen dennoch vier zentrale kurz benannt werden. Zum einen zur Verdeutlichung, dass wir mit den bisherigen Diskussionen über *die politische Dimension* europäischer Jugendarbeit auch deshalb nicht viel weiter gekommen sind, weil sie meist auf den Teilaspekt des regulierenden staatlichen Einflusses, Stichwort Förderung, begrenzt war und andere intervenierende Aspekte zumindest vernachlässigt worden sind. Zum anderen, weil

6 Um die Zahl der Literaturverweise zu begrenzen, hier ein Titel, der die Debatte zur politischen Dimension mit ausgelöst hat und auch in diesem Beitrag, vor allem nachfolgend, teilweise Niederschlag findet: Ohana, Yael und Otten, Hendrik (Hg.): Where Do You Stand? Intercultural Learning and Political Education in Contemporary Europe. Wiesbaden 2012.

diese vier Dimensionen miteinander in Beziehung stehen und entsprechend wirken und gemeinsam als *das Politische* verstanden werden können.

Die erste politische Dimension betrifft die beiden Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps an sich, mit ihren Zielsetzungen, ihren Förderbedingungen, Zugangsmöglichkeiten und der Förderpraxis. Hier gibt es neben zahlreichen die Maßnahmen und Projekte regulierenden administrativen und fördertechnischen Vorgaben wesentliche inhaltlich-programmatische, die sich in den geförderten Aktivitäten wiederfinden müssen. Diese inhaltlichen Zielsetzungen werden in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten jedoch teils sehr unterschiedlich interpretiert und entsprechend auch unterschiedlich in der Förderpraxis berücksichtigt – ein bislang öffentlich kaum diskutierter Aspekt von großer politischer Relevanz für die innere Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft.

Die zweite politische Dimension manifestiert sich auf der Ebene der Trägerstrukturen, Organisationen und Sonstigen, die die Programme nutzen. Ob sie einen Schwerpunkt in europäischer Jugendarbeit haben oder nur gelegentlich in diesem Feld aktiv sind, ob sie sich als Anbietende politischer Bildung, der Jugendsozialarbeit, musisch-kultureller, künstlerischer oder der Offenen Jugendarbeit verstehen: Sie alle haben ein eigenes Verständnis von Jugendarbeit und verfolgen einen eigenen Bildungsauftrag, der sich deshalb ebenfalls auch in den geförderten Aktivitäten europäischer Jugendarbeit wiederfinden soll. Die Bandbreite der bisher akzeptierten unterschiedlichen Bildungsverständnisse ist sehr groß und schließt auch das Spektrum der Maßnahmen der Stiftungen der politischen Parteien ein. Dass aber auch hier Aspekte des Politischen relevanter werden und ernst zu nehmen sind, zeigen zum Beispiel zunehmende Anfragen der AfD in einzelnen Landtagen zur Förderung politischer Bildung, zu Jugendarbeit generell, zu den Jugendwerken oder auch gezielt zu Erasmus+.

Die dritte politische Dimension betrifft diejenigen, die im weitesten Sinn pädagogisch in den Programmen unterwegs sind: Zum einen die Jugendarbeiter/-innen (als alle Variationen zusammenfassender Begriff), zum anderen die größer werdende Gruppe von Trainer(inne)n. Unabhängig davon, ob und wie sie in Strukturen eingebunden sind oder nicht oder welche Ausbildung sie durchlaufen haben – sie alle haben vor dem Hintergrund ihrer je individuellen Sozialisation auch ein eigenes Verständnis davon, warum sie welche Bildungsarbeit machen oder was sie warum ablehnen.

Für unseren Kontext hier – sich des Politischen in der europäischen Jugendarbeit stärker bewusstwerden und pädagogisches Handeln auch als Handeln mit politischer Relevanz zu interpretieren und zu akzeptieren – ist diese dritte Dimension für weitere Überlegungen eine zentrale.

Die vierte hier zu benennende politische Dimension ist relevant in allen konkreten Situationen aller Aktivitäten und Projekte: Was erleben die

jungen Menschen wann und wie und warum, was erfahren sie, was lernen sie? Um auch hier zuzuspitzen: Wann und wie entstehen aus Erfahrungen Erkenntnisse, die Gefühl und Bewusstsein einer kritisch-demokratischen Bürger(innen)schaft entstehen lassen und Menschen veranlassen, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren? Diese Frage lässt sich nicht allein mit Hinweisen auf adäquate methodisch-didaktische Veranstaltungspraxis beantworten. Deshalb dazu an anderer Stelle einige weitere Gedanken.

Nachfolgend zunächst einige Anmerkungen zum Stand der Diskussion über das Politische in den EU-Jugendprogrammen im Umfeld von JUGEND für Europa, der Nationalen Agentur für Erasmus+ Jugend in Aktion und das Europäische Solidaritätskorps, weil zu diesen Diskussionen ein erstes Zwischenergebnis vorliegt, das sowohl auf kritischer Analyse als auch Vorschlägen für einen weiteren Umgang mit Aspekten des Politischen beruht.

### **Konsens und Dissens: Zur aktuellen Praxisrelevanz des Politischen<sup>7</sup>**

Ohana formuliert und begründet im ersten Teil zentrale Dilemmata für europäische Jugendarbeit, von denen ich einige als Kritik an der augenblicklichen Praxis interpretiert, wie folgt und bewusst zugespitzt zusammenfasse:

- Wenn es um Europa als erstrebenswertes Projekt geht, in dem Menschenrechte, Gerechtigkeit und Weiterentwicklung der Demokratie, bezogen auf institutionalisierte Politik wie gesellschaftliche Strukturen und Beteiligungsformen, eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs spielen, ist dieses Europaverständnis in der Praxis europäischer Jugendarbeit deutlich unterrepräsentiert.
- Was in Europa und außerhalb Europas und wegen Europa geschieht (kritische Analyse der politischen Interventionen der Europäischen Union wie einzelner Mitgliedstaaten in Bezug auf europäische Normen, Rechtsstaatlichkeit etc.), hat keine vorrangige Bedeutung für europäische Jugendarbeit, obwohl das Alltagsleben der Menschen wesentlich davon betroffen ist.
- Partizipation wird deutlich häufiger als pädagogisches Konzept interpretiert und als methodische Herausforderung gesehen denn als politische Partizipation mit dem Ziel politischen und gesellschaftlichen Wan-

<sup>7</sup> Die nachfolgenden Anmerkungen beziehen sich auf: Ohana, Yael, What's politics got to do with it? European youth work programmes and the development of critical citizenship, JUGEND für Europa, special 10, Bonn: Februar 2020. Vorausgegangen ist ein fast dreijähriger Diskussionsprozess mit einer Arbeitsgruppe, die wesentlich von JUGEND für Europa initiiert und vorangebracht wurde. Eine internationale Konferenz erarbeitete erste konkrete Fragestellungen für diese Diskussionen: Speak UP! Step UP! European youth work empowering young people's democratic values. Berlin 2017.

dels verstanden: durch Initiative und möglichst große Gestaltung von Jugendlichen selbst.

- Wenn Empowerment von jungen Menschen in der Perspektive bedeuten soll, dass sie eine demokratisch-kritische Bürger(innen)schaft unter Einbezug eines kritisch reflektierten, aber grundsätzlich nicht ablehnenden Verhältnisses zu Europa entwickeln, dürfen für diesen Lernprozess zentrale politische Kernthemen nicht nur implizit oder gelegentlich neben anderen in europäischer Jugendarbeit bearbeitet werden. Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen, mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit, mit Diskriminierung ermöglichenden Strukturen und systemischen Schwachstellen sind beispielsweise solche Themen. Sie haben nicht explizit den inhaltlichen Stellenwert, den sie haben müssten, um damit in Lernsituationen auch den von Ohana geforderten Paradigmenwechsel argumentativ begründen zu können und Handlungsfelder, Reichweite und Konflikte politischer Partizipation verstehen zu lernen – kurz: um Lernen mit praktischem Handeln alltagsrelevant verbinden zu können.
- Ohana schlussfolgert aus ihrer Analyse – wie teilweise auch im Text hier mit anderen Worten geschehen –, dass es Zeit ist für eine radikale Erneuerung der Selbst-Konzeptualisierung europäischer Jugendarbeit: in Bezug auf ihre Rolle, ihre Absichten und ihre Realisierung. Dazu entwickelt sie neun Interventionsfelder, die sie für einen notwendigen schnellen Beginn des Erneuerungsprozesses innerhalb des aktuellen Systems für wichtig hält. Dieses (systemimmanente) Vorgehen bietet aus ihrer Sicht Möglichkeiten, bereits positiv wirkende Aspekte beizubehalten und zu verstärken und gleichzeitig über Schwachstellen nachzudenken und Neues und Weiterführendes zu entwickeln.

### **Konsens und Dissens: Elemente einer erneuerten Selbst-Konzeptualisierung**

Zunächst wieder eine kurze (interpretierte) Zusammenfassung der von Ohana vorgeschlagenen und ausführlich begründeten Interventionen, ehe dann einige problematisierende Anmerkungen dazu erfolgen.

- Notwendigkeit für eine inklusivere, transparente und offene Debatte über die politische und gesellschaftliche Mission europäischer Jugendarbeit.
- Notwendigkeit für erleichtertes und unterstützendes Peer-Learning von Praktiker(inne)n der Jugendarbeit, mit eigenen Möglichkeiten für Vernetzung; außerdem Notwendigkeit für interdisziplinären Austausch: mit formaler Bildung, mit im Jugendbereich Forschenden und involvierten Politikvertreter(inne)n. Es geht dabei um die Gewinnung neuer, für innovative Praxis relevanter Erkenntnisse und Vorgehensweisen.

- Notwendigkeit für mehr und bessere Möglichkeiten und Angebote zur Kompetenzentwicklung: Das Politische muss deutlicher den Rahmen, Kontext und die spezifischen Inhalte entsprechender Aktionen und Formate charakterisieren. Profilschärfung und Bezüge zu aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und konkretem gesellschaftlichen Umfeld, in dem europäische Jugendarbeit stattfindet, sind auch in den zahlreich existierenden Kompetenz- Entwicklungsmodellen und Trainingsangeboten stärker und systematisch herzustellen und zu berücksichtigen. Hierzu vorliegende Erkenntnisse aus RAY Studien zur Verbesserung finden sich darin bisher nur bedingt wieder. Notwendige qualifizierende Elemente im Hinblick auf die Umsetzung einer kritisch-emanzipatorischen Pädagogik in der Praxis der europäischen Projekte gehören zu diesen notwendigen Verbesserungen.
- Notwendigkeit für über die bestehenden Verfahren hinausgehende Evaluationen und Studien, die praktische Aspekte des Politischen in Planung, Durchführung, Auswertung und nachhaltigem Transfer in die Praxis europäischer Jugendarbeit im Hinblick auf Wirksamkeit und Effekte explizit im Fokus haben. Eine erste RAY Studie hierzu ist für die beiden Jugendprogramme ab 2021 gerade in Planung.
- Notwendigkeit für eine Bildungsinnovation, die pädagogisches Handeln in der europäischen Jugendarbeit explizit als politisches Handeln versteht, weil sie auf die Befähigung von Jugendlichen für kritische Beteiligung und möglichst weitgehende autonome Gestaltung ihres Lebens abzielt, sollte im Kontext dieses Beitrages zumindest nachvollziehbar geworden sein. Einige Begründungen für diese Notwendigkeit wurden im bisherigen Text versucht. Deshalb hier nur noch eine weitere von Ohana geforderte Intervention:
- Notwendigkeit für eine weitere Europäisierung von Jugendarbeit, um junge Menschen darin zu unterstützen, im Kontext der Europäischen Werte und mit ihnen leben und arbeiten zu lernen. Dabei geht es konkret um die Menschenrechte, das Gerechtigkeitsprinzip, um Demokratie und Frieden. Es geht darum, die Defizite in der konkreten gesellschaftlichen und politischen Realisierung dieser Werte und Prinzipien zu erkennen und dazu persönlich Stellung zu beziehen, diese diskursiv vertreten zu können und sich für bessere Zustände zu engagieren.

Spätestens jetzt könnte der Einwand erhoben und grundsätzlich gefragt werden, ob Jugendarbeit nicht überfordert sei, wenn sie dezidiert zur Entwicklung einer politischen Handlungsfähigkeit von Jugendlichen in der Perspektive als Akteure sozialen, gesellschaftlichen Wandels in ihrem Lebensumfeld und Lebensalltag einen Beitrag leisten soll? Wie ist eine solche Zielsetzung einer weiteren „Politisierung“ von Jugendarbeit zu legitimie-

ren? Gibt es dazu überhaupt einen Konsens angesichts der damit verbundenen Implikationen?

Zu diesen Fragen ein Zwischenfazit: Solange kein offener, in der Jugendarbeit breit angelegter und argumentativ geführter Diskurs über solche und weitere Fragen stattfindet, wird diese Diskussion über Akzeptanz und Evidenz des Politischen keinen prominenten Platz in der europäischen Jugendarbeit einnehmen. Auf der europäischen Ebene sind wir noch weit davon entfernt, auf nationaler Ebene ist teilweise etwas mehr in Bewegung. In Deutschland gibt es zumindest keinen nennenswerten Widerspruch in der Trägerlandschaft, wenn es um die grundsätzlich zustimmende Bewertung des impliziten politischen Potenzials der EU-Jugendprogramme an sich geht – wer wollte auch in diesem Land, außer Ewig-Gestrigen, den Europäischen Werten und den Menschenrechten eine signifikante politische Dimension absprechen? Hier liegt die Krux eher noch in einer selbstverständlichen und eindeutigen Berücksichtigung und Umsetzung in der Praxis der Jugendarbeit.

### **Zuversichtliche Skepsis<sup>8</sup>: begründet?**

Unwidersprochen: Die Jugendprogramme selbst können de jure keine „Politisierung“ europäischer Jugendarbeit einfordern, die dezentralisierten Umsetzungsstrukturen ebenfalls nicht. Was die Nationalen Agenturen aber können sollten: für mehr praxisrelevante Akzeptanz des politischen Potenzials der Programme zu sensibilisieren. In Deutschland gibt es diesen Prozess, allmählich sichtbar und aus eigenem Selbstverständnis von JUGEND für Europa heraus initiiert.

Europaweit überwiegt aber noch in vielen Ländern die Realität, dass staatliche Vorgaben für die Umsetzung von Erasmus+ und Europäischem Solidaritätskorps wenig bis keinen Spielraum lassen, um das politische Potenzial der Programme thematisieren zu können und in den Projekten relevant werden zu lassen. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, durch welche Strategien, Zugänge und Diskurse dennoch mehr Evidenz des Politischen in der Europäischen Jugendarbeit ihren Niederschlag finden kann.

Zuvorderst aber müssen wir Mittel und Wege finden, negative Assoziationen, diffuse Emotionen und nicht nur daraus resultierende gedankliche Blockaden zu verringern, die häufig entstehen, wenn Politik mit Jugendarbeit in Verbindung gebracht wird.

8 Diese Haltung wird Hartmut von Hentig zugeschrieben im Zusammenhang der Veröffentlichung seiner gesammelten Aufsätze zu einer Pädagogik der Selbstbestimmung mit dem Titel: Spielraum und Ernstfall. Frankfurt/M. 1981. Es lohnt sich auch heute, sich mit seinen Gedanken im Kontext unserer Debatte zu befassen.

Wir müssen unmissverständlich vermitteln, dass es niemals um irgendeine Form von Indoktrination, interessegeleiteter Beeinflussung oder einseitiger Ausrichtung von Jugendarbeit gehen kann – Beutelsbach gilt in diesem Sinn stets weiter<sup>9</sup>.

Um es positiv zu wenden: Wir sollten versuchen, Jugendarbeit systematischer, expliziter und auch selbstbewusster als zentrales Lern- und Aktionsfeld im notwendigen Prozess der fortwährenden Demokratisierung der Demokratie (Ohana, Otten 2012) zu definieren. Damit könnte das Entstehen eines Konsenses befördert werden, „Parteilichkeit für Demokratisierung“<sup>10</sup> als ein wesentliches Charakteristikum für die Evidenz des Politischen in der Jugendarbeit anzusehen.

Die bisher skizzierte notwendige Erneuerung der Selbst-Konzeptualisierung europäischer Jugendarbeit könnte mit dieser Kennzeichnung als Lern- und Aktionsfeld der fortwährenden Demokratisierung auch eine weithin vergessene frühere Selbstverordnung neu vornehmen: Jugendarbeit generell als folgenreichen und deshalb wichtigen Teil politischer Sozialisation junger Menschen zu begreifen.

Europäische und internationale Jugendarbeit als zwar immer noch kleine Bereiche von Jugendarbeit haben großes Potenzial, zu gelingender Sozialisation im Hinblick auf die Entwicklung eines nationalstaatlichen Denken und Handeln überwindenden politischen Bewusstseins substanziell beizutragen. Über diesen Zusammenhang sollten wir uns verständigen können, darauf gründet eine gewisse Zuversicht. Skepsis überwiegt hinsichtlich der real-politischen Chancen für die Herausbildung eines neuen Projekts Europa, wie es in diesem Beitrag begründet und gefordert wird.

9 Siehe dazu ausführlich den Beitrag in Anmerkung 3.

10 Claußen, Bernhard: „Politische Sozialisation: Zur Theorie der gesellschaftlichen Vermittlung zwischen Subjekt und politischem System“, in: Moser, Helmut (Hg.): Politische Psychologie. Politik im Spiegel der Sozialwissenschaften. Weinheim/Basel 1979, S. 167.